

1943

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
11610.

Die Mandatsperiode des 1939 bestimmten Landtages wird auf unbestimmte Zeit verlängert (18.2.).

Vermählung von Fürst Franz Josef II. mit der 22jährigen Georgine Gräfin Wilczek (7.3.).

Eine Nummer des «Umbruchs» wird wegen Schmähung des Schweizerischen Bundesrates und der Schweiz beschlagnahmt.

Einen Tag später verbietet die Regierung das Erscheinen der Zeitung bis auf weiteres (8.7./17.7.).

Einweihung des Binnenkanals (10.10.).

in Aussicht genommen. Neu war für die Volksparteivertreter auch die Aussage, dass für das Amt des Regierungschefs nur «in erster Linie hierfür geeignete gebürtige Liechtensteiner in Betracht» kämen und dass Peer auch den Abschluss der Zoll- und Handelsverträge zu bewerkstelligen habe.

Peer wurde vorgeworfen, er habe einen Rückzieher gemacht, er sei ein alter Fuchs, «er verkaufe jedoch die 3 jungen Volksparteiler nicht.» Die Verhandlungen wurden für einige Minuten sehr temperamentvoll.

Nach Auffassung der Volkspartei-Vertreter veranlassten sie Martin durch ihr energisches Auftreten, Entgegenkommen zu zeigen. Vor allem hielten die Volkspartei-Vertreter «um jeden Preis» daran fest, dass nur ein gebürtiger Liechtensteiner Landammann werden könne und dass Peer mit dem Abschluss des Zollvertrages nichts zu tun haben dürfe. Ausserdem beharrten sie darauf, dass die Regierungsmitglieder zwar im Einvernehmen zwischen dem Landtag und dem Fürsten, aber auf Vorschlag des Landtages, ernannt würden. Die Verhandlungen dauerten bis um 1/4 vor 6 Uhr morgens.

Das Ergebnis dieser Verhandlung wurde durch Martin und Peer neuerlich dem Fürsten vorgetragen. Dieser fasste sodann die Entschliessung vom 13. September, welche die Modifikationen enthielt, die am Vortag von den Volkspartei-Vertretern verlangt worden waren.

Die fürstliche Seite war der Auffassung, dass nun der Durchbruch geschafft und eine Einigung erzielt worden sei. Vor allem ging diese Seite davon aus, dass der Berufung Peers zum provisorischen Leiter der Regierung auf die Dauer eines Jahres nichts mehr entgegenstehe.

Die Fortsetzung der Verhandlungen fand am Nachmittag (Montag) des 13. September in gleicher Besetzung im Absteigequartier statt. Der Fürst hatte sämtlichen Forderungen der Volkspartei-Vertreter zugestimmt. Als zusätzliche Absicherung verlangte nun die Volkspartei-Vertreter, dass Peer nur für sechs Monate auf seinen Posten als Leiter der Regierung berufen werde. Zusätzlich sollte Peer sich ver-